

# Fahnen-Aktion zum 1. Mai



Am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, hat die Attac-Gruppe Rosenheim mit einer Mahnwache unter dem Motto **#waswirklichwichtigist** auf die Lehren aus der Corona-Krise aufmerksam gemacht. Um **11.30 Uhr** haben die **Globalisierungskritiker\*innen** Fahnen auf den **Rosenheimer Max-Josefs-Platz** gebracht und an den **Nepomuk-Brunnen** gehängt. Dabei wurde Attac unterstützt von **Aktivist\*innen** der **NGG**, der **Naturfreunde Rosenheim** und **Aßling**, von **Greenpeace Rosenheim**, **isw München** und der **Extinction Rebellion-Gruppe Rosenheim**.

Insgesamt kamen so **30 Teilnehmer\*innen** zusammen – trotz Ausgangsbeschränkung und seit Wochen ausbleibender öffentlicher Veranstaltungen. „Ein ermutigender Neustart“, fand Attac-Sprecher **Justus Dallmer**. „Die Zivilgesellschaft wird sich trotz Krise weiter einmischen, wenn Politik falsch läuft.“

Auf den Fahnen waren Forderungen zu lesen wie „Keine Profite mit der Krankheit – weg mit der Fallpauschale!“, „Pflege und Co: Löhne rauf für systemrelevante Jobs!“, „Menschen statt Klimakiller finanzieren!“, „Krise kostet – Vermögen besteuern“, „Schutz braucht ein Zuhause: Mietendeckel überall“ und „Aus der Krise lernen: Wirtschaft sozial und ökologisch umbauen!“.

In einer kurzen Rede verlangte **Helmut Türk-Berkhan**, Sprecher von Attac Rosenheim, angesichts der milliardenschweren Hilfspakete, die die Regierung schnürt: „Beihilfen dürfen nur an Konzerne gehen, die sich öffentlich dazu bekennen, keine Gewinne in Steueroasen zu verschieben. Unternehmen, die Staatshilfen erhalten, sind zu verpflichten, ihre Steuerpraktiken detailliert öffentlich darzulegen und

aggressive Steuervermeidung zu beenden. Dazu müssen sie Berichte über ihre weltweiten Gewinne und Steuern je Land veröffentlichen und alle Strukturen auflösen, die zu Steuern unterhalb des Mindestsatzes von 25 Prozent führen.“

Für das Gesundheitswesen forderte Türk-Berkhan: „Statt eines einmaligen Trostpflasters von vielleicht 1500 Euro einmalig (!) für Beschäftigte in Krankenhäusern, ambulanter Pflege und in den Alten- und Pflegeheimen braucht es eine dauerhaft tarifvertraglich gesicherte Höhergruppierung – das ist das, was man Anerkennung nennen würde.

Es braucht eine Entlastung in der Pflege durch mehr Personal, Abbau von Überstunden, Reduzierung der Arbeitszeiten insbesondere in den Schichtsystemen bei vollem Lohnausgleich, Einhaltung der eh schon schwachen Arbeitszeitregelungen.“

In einem weiteren Beitrag kritisierte der Gewerkschaftssprecher Bernhard Weissenbacher von der Gewerkschaft NGG (Nahrung-Genuss-Gaststätten) das „im Kapitalismus herrschende perfide System“ am Beispiel von Danone Rosenheim. Das Werk habe „keinerlei Skrupel, während der Krise Mitarbeiter zu verheizen, die dabei ihre Gesundheit riskierten“, sie dann aber nächstes Jahr trotz schwarzer Zahlen und profitablen Wirtschaften „auf die Straße zu setzen“.